

Bald mehr Nutztiere um die Seen?

Das Phosphorprojekt im Kanton Luzern wird weitergeführt. Strengere Regeln gibt es nicht. Im Gegenteil.

Jonas Hess

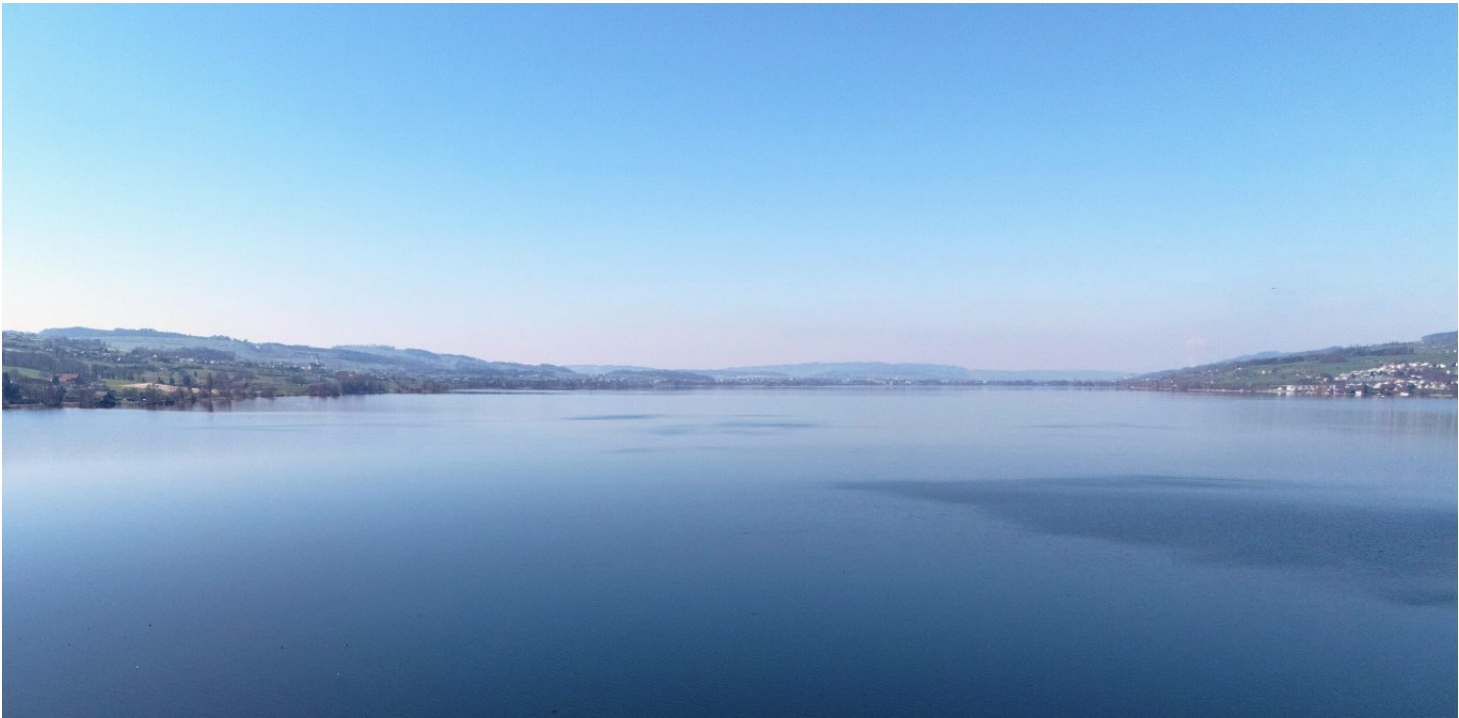
Seit 25 Jahren geht der Kanton Luzern gegen die Überdüngung der Mittellandseen vor. Damit die Bäuerinnen und Bauern weniger Gülle auf die Felder rund um den Sempacher-, Baldegger- und Hallwilersee ausbringen, wurden sogenannte Phosphorprojekte ins Leben gerufen. Der Anreiz dabei: Wer den Boden mit weniger Nährstoffen versorgt, als es die sogenannte Phosphorverordnung vorschreibt, erhält Geld von Bund und Kanton.

Im Jahr 2025 beliefen sich die Entschädigungen gemäss einer Mitteilung der Dienststelle Landwirtschaft und Wald (Lawa) auf 2,5 Millionen Franken. 480 Betriebe haben sich am Phosphorprojekt beteiligt. Das sind gemäss Lawa 80 Prozent der Höfe, die von der Verordnung betroffen sind und sich im direkten Einzugsgebiet von einem der drei Luzerner Mittellandseen befinden.

In wenigen Tagen endet Phase 3 des Phosphorprojekts und wird von Phase 4 abgelöst. Diese läuft bis 2031. Gemäss Thomas Meyer, Abteilungsleiter Landwirtschaft beim Lawa, sei mit dem Bund die Vereinbarung zur nahtlosen Fortführung des Projekts für die nächsten sechs Jahre getroffen worden.

«Das Anreizsystem funktioniert»

Das war Ende 2019 vor der Einführung der dritten Phase noch anders. Damals setzte der Kanton Verschärfungen mittels der erwähnten Verordnung durch, welche alle Bauern verpflichtete, beim Baldeggersee nur noch 80 Prozent ihres Phosphorbedarfs zu decken. Beim Sempacher- und Hallwilersee 90 Prozent. Zudem ist es nicht mehr erlaubt, die Tierbestände im Einzugsgebiet der Seen zu er-



Die Mittellandseen – im Bild der Sempachersee – sollen dank der Fortführung des Phosphorsprojekts weiter gesunden können.

Bild: Boris Bürgisser (Sempach, 18. 3. 2025)

höhen. Die Einführung der Phase 3 wurde schliesslich um ein Jahr verschoben und es folgte eine Klage der Bauern gegen die neue Verordnung. Sie scheiterten damit vor dem Bundesgericht.

Bei der nun vorliegenden Phase 4 zeichnet sich ein solcher Konflikt nicht ab. Gemäss Thomas Meyer beinhaltet das Projekt keine inhaltlichen Änderungen. Eine erneute Verschärfung sei nicht zur Debatte gestanden. «Bei Gesprächen mit dem Bund, den Gemeindeverbänden, Umweltschutzverbänden und dem Bauernverband waren wir uns einig, dass dies der falsche Weg wäre.»

Gemäss Meyer würden die bisherigen Massnahmen Wirkung zeigen. So liege die durchschnittliche Phosphorbedarfsdeckung bei allen drei Seen in- zwischen bei unter 80 Prozent. «Dies zeigt, dass das Anreizsystem funktioniert.» Trotzdem sei

klar, dass man langfristig unter die Zielwerte kommen wolle und diese seien «ambitiös». Mit dem letzten Projekt zwischen 2021 und 2025 verfolgte der Kanton das Ziel, den Phosphoreintrag in die Seen um 20 Prozent zu senken. Ob das erreicht wurde, ist gemäss Meyer derzeit offen, da die Werte noch nicht vorliegen. Der Bericht an den Bund werde der Kanton bis Mitte des kommenden Jahres abliefern.

Zielwerte bisher nicht erreicht

Die vorliegenden Daten des Kantons sowie Zahlen aus den Protokollen der Gemeindeverbände zeigen, dass der Zielwert von 15 Milligramm Phosphor pro Kubikmeter Wasser bisher weder im Baldegger- noch im Sempachersee erreicht wurde. Im Jahr 2024 gerieten 19 Milligramm in den Baldeggersee, 2025 sogar 23. Noch schlechter sah es im Hallwilersee aus. Bei

den letzten Messungen im Frühling 2024 wurde der Zielwert mit 23 anstatt 10 Milligramm Phosphor pro Kubikmeter Wasser deutlich überschritten.

Thomas Meyer verweist darauf, dass die Werte von vielen Faktoren «und den Interaktionen zwischen ihnen» abhängig sind. Unter anderem nennt er die Algenbiomasse und allfällige Phosphor-Rücklösungen im See. Zudem spricht er von «anderen Quellen». Damit meint er ein neues Projekt des Kantons, das die Einträge aus den Siedlungsgebieten genauer unter die Lupe nimmt. Ein Anliegen, dass die Bauern schon lange forderten. Meyer sagt aber auch, dass die Landwirtschaft weiterhin für den grössten Teil der Phosphoreinträge verantwortlich ist.

Dürfen bald wieder mehr Tiere gehalten werden?

Umso interessanter ist daher seine Aussage, dass derzeit ge-

prüft wird, ob Höfe im Einzugsgebiet der Mittellandseen wieder mehr Tiere halten dürfen. Ein entsprechender Antrag sei von der IG Mittellandseen eingereicht worden. Diese entstand im Zuge des Widerstands gegen die Phosphorverordnung. Gemäss Meyer wird derzeit geprüft, «ob und welche einzelbetrieblichen Ausnahmen vom Aufstockungsverbot ermöglicht werden können, sofern sich insgesamt eine Verbesserung der Umweltbelastung erzielen lässt».

Im Umkehrschluss heisst das: falls die Lockerung erfolgt, müsste die zusätzlich anfallende Gülle weggeführt werden. Gemäss Meyer setze die Änderung eine Anpassung der Phosphorverordnung voraus. «Im kommenden Jahr wird der Regierungsrat darüber entscheiden, ob der Entwurf einer angepassten Verordnung in die Vernehmlassung gehen wird.»

Schiffssteg Weggis wird saniert

Tourismus Aufgrund von Sanierungsarbeiten kann die Schiffstation Weggis vom 5. Januar bis 11. Februar 2026 von den Schiffen der Schifffahrtsgesellschaft des Vierwaldstättersees (SGV) AG nicht angefahren werden. Wie es in einer Mitteilung heisst, stellt ein Ersatz mit Bussen zwischen Weggis Dorfplatz und der Schiffstation Hertenstein den Personentransport sicher. Reisende von Luzern nach Weggis steigen in Hertenstein auf den Ersatzbus um.

Die Gesamtkosten für die Sanierung belaufen sich auf 800'000 Franken und werden von der SGV getragen. Die Arbeiten beinhalten unter anderem die Stabilisierung der Fundation der Seemauer und des Stationsgebäudes, die Instandsetzung von Rissen sowie die Beseitigung von Korrosionsschäden. Zudem wird die Gebäudehülle aufgewertet. (rbi)

Flächenvergleich ist schwierig

Kanton Luzern Ein Bauernhof ist ein Bauernhof, eine Kuh ist eine Kuh, und ein Gerstenfeld ist ein Gerstenfeld. Jedenfalls laut Statistiken, die für diese und andere Kategorien über Jahrzehnte zurückzuverfolgen und vergleichbar sind. Anders ist dies bei weiteren Flächenstatistiken. Eine heute registrierte Hektar Gewässer entspricht im Kanton Luzern nicht dem vor zehn Jahren ausgewiesenen Wert. Denn das Gewässernetz wurde überarbeitet, fliessgewässer wurden neu erhoben oder gelöscht. Wenn die Regierung nun in ihren Antworten auf Fragen von Mitte-Kantonsrätin Hella Schnider bei der Gewässerfläche in den letzten zehn Jahren auf einen Rückgang von 64,3 Hektaren kommt, ist die Zahl von geringem Wert, weil sie nicht vergleichbar ist mit der früheren.

So ist es auch bei anderen Statistiken, für die sich Schnider interessiert – auch bei für die Raumplanung wichtigen Werten wie der Siedlungsfläche. Das Siedlungsgebiet ist laut Bauzonenstatistik um 155 Hektaren geschrumpft. Weil aber mehr als 200 Hektaren Reservezonen abgebaut wurden, haben die tatsächlichen Bauzonen um 83,4 Hektaren zugenommen – vermeintlich. Laut Regierung ist «ein wesentlicher Teil» dieser Zunahme auf die neu geschiedenen Verkehrszonen zurückzuführen. Ausserdem wurden Weiler-, Abbau- und Deponiezone anders zugewiesen.

Die landwirtschaftliche Nutzfläche ist in den letzten zehn Jahren um 969 Hektaren geschrumpft, während die extensiv genutzten Flächen, die sogenannten Biodiversitätsflächen, um 745 Hektaren gestiegen sind. Auf Kosten welcher Flächen diese Veränderungen gingen, ist laut Regierung «aufgrund eingeschränkter Datenverfügbarkeiten und Defiziten in der Vergleichbarkeit» nicht eruierbar. Auch bei der Waldfläche und dem Umfang der Arbeits- und Wohnzonen sei die Vergleichbarkeit eingeschränkt. (nus)

Soziologischer Standpunkt

Am Beispiel der Zähne

Für die Feinschmeckerzeitschrift Gourmet verfasste David Foster Wallace 2005 eine Reportage über das Maine Lobster-Festival. Darin berichtet der Autor über das gastronomische Setting und über Kniffe des Personals, aber auch über die Tiere selbst und darüber, was die Wissenschaft über sie herausgefunden hat. Am Ende fasst er seine Eindrücke zusammen, um viel allgemeiner über die Inszenierung guten Essens und über das «dahinter» nachzudenken. Deshalb der Titel seiner Reportage: Am Beispiel des Hummers.

Szenenwechsel: Anfang November ging es beim Luzerner Regierungsrat um Fragen der Prävention und Förderung der Mund- und Zahngesundheit. Anlass war ein Postulat der Kantonsrätin Anja Meier, die

sich in bester sozialdemokratischer Manier dafür einsetzen wollte, einkommensschwache Gruppen finanziell zu unterstützen. Das Postulat wurde abgelehnt, weil es erstens zu wenig notwendig und zweitens zu teuer sei. So weit, so Politik.

Tatsächlich sind Fragen der Zahngesundheit ein grosses Thema. Da ist zunächst die medizinische Seite; Zähne und Kiefer können grosses Leid verursachen. Da ist aber auch die wirtschaftliche Seite: Zahnärzte verdienen seit jeher gut – und als Patient wird man mittels Werbung regelmässig auf Behandlungsalternativen im Ausland aufmerksam gemacht. Denn Zahnbehandlung ist teuer und in der Schweiz nicht Teil der Krankenversicherung. Dabei ist es nicht nur wichtig, gesunde Zähne

zu haben. Es geht auch darum, Anderen zeigen zu können, dass das so ist. Oder zeigen zu können, dass man in seine Zähne investieren kann. Deshalb Zahnkosmetik, Bleaching, Jackett-Kronen oder gar die Verzierung mit Brillanten.

Das Beispiel der Zähne zeigt aber auch, dass wir uns vorzugsweise mit Krankheitsursachen und Risikofaktoren auseinandersetzen, die wir beeinflussen können. Andere Faktoren erfahren demgegenüber weniger Aufmerksamkeit: etwa mögliche Umweltbelastungen (wie zum Beispiel Mikroplastik) oder schwerlich beeinflussbare individuelle Faktoren (wie etwa Fragen des Speichelflusses).

Ebenso wie David Foster Wallace am Beispiel des Hummers

grundlegende Fragen zu gutem Essen aufwerfen konnte, lässt sich am Beispiel der Zähne erkennen, wie wir als Gesellschaft «ticken». Hierzu zählt, dass wir auf Eigenverantwortung setzen, den Einzelnen aber aufklären und mit professioneller Unterstützung befähigen (nicht nur bei der Zahnpflege, sondern zum Beispiel auch bei schlechten Konsumgewohnheiten oder dem richtigen Umgang mit Erkältungen).

Ebenso sind wir leicht zu überzeugen, dass Prävention besser ist als zu warten, bis der Schaden eingetreten ist (bei Autoinspektionen ebenso wie beim Klimawandel). Und schliesslich: Was uns wichtig ist, wird schnell zu einem wirtschaftlichen Thema und damit zu einem, bei dem man zeigen

kann, was man sich leisten kann (wie eigentlich bei fast allem und nicht zuletzt auch bei aufwendigen Dekorationen und teuren Geschenken zu Weihnachten).



Raimund Hasse, Professor für Soziologie, Universität Luzern

Hinweis

In der Kolumne «Soziologischer Standpunkt» äussern sich Soziologinnen und Soziologen der Universität Luzern zu Gesellschaftsthemen. Quelle: Wallace, David Foster. (2009). Am Beispiel des Hummers. Arche Verlag.